

# Correspondent.

Wöchentliche Beilage:

## Illustrirtes Sonntagsblatt.

Abonnementspreis:

pro Quartal: 1 Mark bei Abholung. — 1 Mark 20 Pf. durch den Herunterträger. — 1 Mark 25 Pf. durch die Post.

Er scheint:  
Sonntag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag  
und Sonnabend früh 7 1/2 Uhr.  
Redaction: große Ritterstraße Nr. 28.

Nr. 7.

Donnerstag den 10. Januar.

1884.

### \* Die Czechisirung Wiens.

In welcher Art man in Oesterreich das Deutsch-  
thum zu enturzeln sucht, geht aus folgendem  
Beispiel hervor, welches neuesten Datums ist.  
In Wien, einer vor zwei Jahrzehnten in seiner  
Zerkerung noch völlig deutschen Stadt, haben  
sich allmählich die Czechen eingerichtet und nach  
und nach durch die ihnen so geläufigen Künste  
nationalen Terrorismus die Mehrheit im Ge-  
meinderath zu verschaffen genützt. Auch die dortige  
Handelskammer, die bisher immer deutsche Ab-  
ordnete in Landtag und Reichsrath schickte, ist  
neuester Zeit ein Object ihrer Wahlpraktiken  
worden, die man nach den berühmten Rufkern  
Hera Taaffe ausübt. Das genügt aber den  
Czechen keineswegs. Nach der Besignahme der  
Verwaltungsgewalt folgt nach slavischem  
Eingebrauch die Entnationalisirung der Ueber-  
wundenen. Den sicheren Rückhalt dabei hat man  
in der Regierung und den Regierungsgorganen.  
In einer Vorstadt Wiens wohnen neben czechischen  
auch zahlreiche deutsche Arbeiter und kleine Hand-  
werker. Die czechische Mehrheit in der Gemeinde-  
vertretung hat große Summen für die Errichtung  
vieler Volksschulen und Mittelschulen gespendet,  
die kostspielige neue Schulhäuser gebaut. Nun  
kommen die deutschen Bewohner der Vorstadt und  
Klengen für ihre Kinder eine deutsche Schule.  
Neben den nationalen Siesphären der Stadt un-  
höfliche Anstalten wird ohne Umstände zurück-  
gewiesen. Die in ihrem Rechte Verfürgten wenden  
sich an den Landesrath in Prag, welcher die  
Unbilligkeit der Forderung anerkennt und den Gemein-  
derath anweist, für den Unterricht der deutschen Kinder  
am mindesten durch Vermehrung der Parallellassen  
für zu tragen. Aber diese Erlebigung behagt den  
Czechen gar nicht, und sie wissen auch, wie man  
Entscheidungen zu Gunsten der Deutschen einfach  
in ihr Ergentheil verwandelt. Sie wenden sich  
mit einem Nereus an das Ministerium. Der  
kammerliche Unterrichtsminister, Conrad v. Gyes-  
sch, ein deutscher Bureaufkat von undefinirbarer  
Benennungseligkeit, dessen Canossa die Schul-  
gewalt verewigt, erklärt, es solle bei dem Be-  
schlusse der czechischen Gemeinderathsmehrheit sein  
Bewenden haben. Wer angesichts dieses klaren  
Falles noch die von der Regierung protegirte  
Anwangs czechisirung der Deutschen in  
Wien zu leugnen wagt, der besitzt das offiziöse  
Bewissen jener Wiederwärtler, welche trotz solcher  
Hatsachen dem Cabinet Taaffe noch immer eine  
Veröhnungs-Mission zuschreiben. Ja wohl,  
in einer Veröhnung und Veröhnigung aller  
entzweifelnden Elemente kann die Rede  
sein, welche keinen anderen Zweck hat, als die  
Deutschen zu Staatsbürgern zweiter Klasse herab-  
würdigen und ihnen das angebotene, wie ver-  
stümmelte Recht auf Wahrung ihrer Natio-  
nalität und Sprache zu rauben. Erkennt man  
in Deutschland noch immer nicht, welche Fort-  
schritte die Slawisirung in Oesterreich macht und  
welche Gefahren für uns selbst schließlich daraus  
erwachsen müssen?

### Politische Uebersicht.

Bei der Besprechung der im Laufe des letzten Jahres vielfach diskutierten wirtschaftspolitischen

Projecte hat es, so schreibt man der „Freihandels-  
Corr.“, auffallen müssen, daß in fast allen Fällen  
die preussischen Handelskammern und  
kaufmännischen Korporationen von ihrer  
vorgesetzten Behörde, dem preussischen Handels-  
minister, nicht zur gutachtlichen Aeußerung  
aufgefordert sind, während die gleichen nicht-  
preussischen Handelsvorkände von ihren Ministern  
rechtzeitig befragt worden sind. So ist es z. B.  
mit den bereits im Sommer aufgetauchten Zoll-  
projecten gegangen. Ueber die — man weiß  
nicht, von welcher Seite angeregt — Erhöhung  
der Zölle auf kunstgewerbliche Artikel sind die  
Handelskammern Bayerns, Württembergs, Sachsens,  
Badens, Hessens und der Hansestädte, sowie eine  
Reihe von Vereinen zu Rathe gezogen worden.  
Die preussischen Handelskammern sind vom preu-  
ssischen Handelsminister nicht befragt, ja nicht  
einmal von der geplanten Maßregel amtlich unter-  
richtet worden. Ebenso sind über die vorgeschlagene  
Einführung von Zöllen auf die Erzeugnisse der  
Gärtnerei und des Gemüßbaues die nichtpreussischen  
Handelsvorkände von ihren vorgesetzten Ministerien  
zur Abgabe von Gutachten veranlaßt worden, die preu-  
ssischen Handelsvorkände sind unberücksichtigt geblie-  
ben. Bei dem so eminent wichtigen Segementwurf über  
die Aktiengesellschaften haben sich alle deutschen  
Regierungen beist, offiziell die gesetzlichen Organe  
des Handelsstandes um gutachtliche Aeußerungen  
anzugehen; das preussische Handelsministerium  
allein läßt sich an dem im Segementwurf ent-  
haltenen Hinweis auf die vor einer Reihe von  
Jahren veranstaltete Umfrage genügen, und ver-  
zichtet auf jede weitere Anhörung der preussischen  
Handelskammern. Und dieses Verfahren greift  
nicht nur bei legislativischen Projecten, sondern  
auch bei administrativen Maßregeln Platz. Ueber  
Aenderungen des Waarenverzeichnisses zum Zoll-  
tarif, welche der Bundesrath jetzt durch neue In-  
terpretation des Tarifs in solchem Umfange vor-  
nimmt, daß man sie nicht selten schlechthin als  
Einführung neuer Zollsätze anzusehen geneigt ist,  
werden nichtpreussische Handelskammern vielfach  
vor der Beschlußfassung im Bundesrath befragt;  
die preussischen Kammern erhalten erst Kenntniß  
davon, wenn die Beschlüsse selbst im „Central-  
blatt“ publizirt werden. Freilich wird diese Praxis  
bei dem heutigen Stande unseres öffentlichen Rechts  
trotz alledem die betroffenen Handelsvorkände nicht  
mumbtot machen können. Keine preussische Handels-  
kammer oder kaufmännische Korporation wird es sich  
nehmen lassen, sobald sie von einer nach ihrer  
Ansicht unrichtigen und schädlichen wirtschafts-  
politischen Maßregel Kenntniß erhalten hat, aus  
eigener Initiative durch besondere Eingabe, sei es  
beim Bundesrath, sei es beim Reichstag, ihre An-  
sicht zu vertreten. Ja, wenn die preussischen  
Handelsvorkände diese Sachlage und ihre Stellung  
richtig beurtheilen und in allen Fällen auf eine  
strikte sachliche und eingehende Darlegung ihrer  
Anschauungen halten, so wird nicht die begründete  
Vertretung ihrer Ansichten, sondern die preussische  
Regierung selbst den unausbleiblichen Schaden  
davon haben. Eine Arbeit z. B. wie das treff-  
liche Gutachten der Aeltesten der Berliner Kauf-  
mannschaft über das Aktiengesetz erzwang sich bei  
den Faktoren der Gesetzgebung Beachtung, gleich-  
viel ob die preussische Regierung es verlangt oder

es die Aeltesten auf eigene Hand erstattet und  
veröffentlicht haben.

Die französische Deputirtenkammer  
wählte am Dienstag nach Eröffnung der neuen  
Session den Deputirten Brisson mit 224 von  
298 Stimmen zum Präsidenten. Im Senat  
wurde die Wahl des Bureau auf Donnerstag  
vertagt. — Dem „Temps“ zufolge wird die Re-  
gierung die Vorlage über die Revision der  
Verfassung erst nach den Merseferien, aber  
noch vor den Sommerferien des Parlaments, ein-  
bringen, und zwar zunächst im Senate.  
Nicht geringes Aufsehen erregt in London ein  
Leitartikel der „Daily News“, in welchem an-  
gedeutet wird, daß Lord Hartington sich  
nicht in Uebereinstimmung mit seinen  
ministeriellen Kollegen befindet. Ob die  
Meinungsverschiedenheiten sich nur auf die ägypti-  
sche oder auch noch auf andere Fragen beziehen,  
wird nicht gesagt. Man spricht jedoch bereits  
davon, daß eine Auflösung des englischen Par-  
laments die Folge der angeleglichen Spaltung im  
Ministerium sein werde.

Ueber die Neubildung des ägyptischen  
Ministeriums meldet die „Times“, Nubar  
Pascha habe das Präsidium des neuen ägypti-  
schen Ministeriums angenommen und Edgar  
Vincent zum Finanzminister designirt. Ander-  
weitige Bestätigungen dieser Meldung liegen zur  
Stunde noch nicht vor. Die Frage, was nun  
in Aegypten werden soll, beschäftigt natürlich die  
öffentliche Meinung Englands sehr lebhaft und  
es verdient registirt zu werden, daß ein großer  
Theil der englischen Presse aus Furcht vor einer  
möglichst französischen Intervention die schleunige  
Annexion befürwortet.

Ein Telegramm der „Times“ aus Philadelphia  
meldet, daß im amerikanischen Repräsen-  
tantenhaufe am Montag eine Bill einge-  
bracht worden sei, wonach der Präsident, wenn  
eine fremde Regierung den Import ameri-  
kanischen Bökelfleisches verbietet, befügt  
sein soll, die Einfuhr von Weinen, Li-  
queuren und anderen Erzeugnissen dieses  
Landes in die Unionsstaaten zu verbieten und  
das Verbot aufrechtzuerhalten, bis die erwähnte  
Beschränkung aufgehoben ist.

### Deutschland.

(Kaiserliches Antwortschreiben.)  
Auf die Glückwünsche, welche der Berliner Ma-  
gistrat dem Kaiser beim Jahreswechsel überreicht  
hat, ist folgendes Antwortschreiben eingegangen:

Es ist Mir eine große Freude gewesen, in der Zu-  
schrift, welche Mir der Magistrat zum Jahreswechsel ge-  
widmet hat, wiederum so herzlichen Glückwünschen zu be-  
gegnet, wie sie Mir von Demselben seit Jahren in un-  
veränderter treuer Begegnung dargebracht worden sind.  
Ich danke dem Magistrat für diesen Ausdruck Seiner  
Theilnahme. Sie hat Mir in Meinem landesväterlichen  
Vertrauen um so wohlthuerender berührt, als Ich daraus zu-  
gleich den Beweis entnehme, daß Meinen aufrichtigen  
Bestrebungen, das Wohl Meines Volkes zu heben, Ver-  
trauen und Verständnis entgegengebracht wird. In diesem  
Bemühen ist Mir der Rückblick des Magistrats auf den  
soeben vollendeten Zeitabschnitt besonders angenehm ge-  
wesen. Ich preise die Allmüthigen Güte, daß es Mir  
noch vergönnt gewesen ist, dem stolzen Denkmal an den  
Helden des Rheins zum ewigen Gedächtniß der glück-  
wieder errungenen Einheit Deutschlands, aber auch als







Merseburg  
bern, Geld-  
e,  
antle-Ueber-  
rätig.  
achene in befr  
lehne.  
chen-  
tsten Bedürf-  
erstraße 1.  
verkauf.  
und anderen Einricht-  
Fischerstr. 7.  
Schuhe  
Nr. 16, 2 Treppen.  
Schiffsfisch,  
Koblen  
immermann.  
fl. Verein  
Umgezogen.  
ar, nachm. 3 Uhr  
aufnahme neuer Mitglieder  
Entscheidung des Vereins  
Vorstandungsmitglied  
Rönig über Zehrenten  
Der Vorstand  
Wittweh 3 & 5. Jan. 1884  
1/2 Uhr, Kautschuk  
lung  
nd der Altkanzl  
nmar in der Kautschuk  
g der Tagesordnung  
Der Vorstand  
helmshalle  
n 10. Januar  
ntsconcert.  
die Musikanten  
noch in meiner Wohnung  
n.  
holz, Siebenstübchen  
an, welche sich in der  
sprache, Conventualen  
Unterstützung  
er Schröder. Bild  
oder 1 April in der  
rt Saal, Kautschuk  
Realtheater II  
religiöse Freie oder  
Bewahrung kleiner Freie  
srau für die Freie  
ine Rechte. Zu erfragen  
den Schmeißer  
nehme ich hiermit  
rich Karl Schmeißer  
lle Gewinn-Röhe der  
anfgewerke-Bank  
in unserer Gegend

# Correspondent.

Erscheint:  
Sonntag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag  
und Sonnabend früh 7 1/2 Uhr.  
Abendzeitung: große Ritterstraße Nr. 28.

Wöchentliche Beilage:  
**Illustrirtes Sonntagsblatt.**

Abonnementspreis:  
pro Quartal: 1 Mark bei Abholung. — 1 Mark  
20 Pf. durch den Herumträger. — 1 Mark  
25 Pf. durch die Post.

Nr. 7.

Donnerstag den 10. Januar.

1884.

## Die Czechisirung Wilsens.

In welcher Art man in Oesterreich die Deutsch-  
heit zu entwurzeln sucht, geht aus folgendem  
Beispiel hervor, welches neuesten Datums ist.  
In Wilsen, einer vor zwei Jahrzehnten in seiner  
Entwicklung noch völlig deutschen Stadt, haben  
sich allmählich die Czechen eingerichtet und nach  
und nach durch die ihnen so geläufigen Rünke  
nationalen Terrorismus die Mehrheit im Ge-  
meinderath zu verschaffen gewußt. Auch die dortige  
Handelskammer, die bisher immer deutsche Ab-  
ordnete in Landtag und Reichsrath schickte, ist  
neuester Zeit ein Object ihrer Wahlpraktiken  
worden, die man nach den berühmten Mähner  
Aera Laaffe ausübt. Das genügt aber den  
Czechen keineswegs. Nach der Beschaffung der  
Selbstverwaltungsbücher folgt nach slavischem  
Riesengebrauch die Entnationalisirung der Ueber-  
winder. Den sicheren Rückhalt dabei hat man  
in der Regierung und den Regierungsorganen.  
In einer Vorstadt Wilsens wohnen neben czechischen  
auch zahlreiche deutsche Arbeiter und kleine Hand-  
werker. Die czechische Mehrheit in der Gemein-  
devertretung hat große Summen für die Errichtung  
vieler Volksschulen und Mittelschulen gespendet,  
auch kostspielige neue Schulhäuser gebaut. Nun  
kommen die deutschen Bewohner der Vorstadt und  
Umlagen für ihre Kinder eine deutsche Schule.  
Wilsen den nationalen Stiefvater der Stadt un-  
gehört an. Anstalten wird ohne Umstände zurück-  
gewiesen. Die in ihrem Rechte Verfüzten wenden  
sich an den Landesrath in Prag, welcher die  
Unbilligkeit der Forderung anerkennt und den Gemein-  
derath anweist, für den Unterricht der deutschen Kinder  
im mindestens durch Vermehrung der Parallellassen  
sorge zu tragen. Aber diese Erlebigung behagt den  
Czechen gar nicht, und sie wissen auch, wie man  
in solchen Angelegenheiten zu Gunsten der Deutschen einfach  
in ihr Gegenheil verandelt. Sie wenden sich  
mit einem Reuers an das Ministerium. Der  
kammerliche Unterrichtsminister, Conrad v. Eyses-  
feld, ein deutscher Bureaufkrat von undefinirbarer  
Befähigungsfähigkeit, dessen Canossa die Schul-  
gewaltverleiher verewigt, erklärt, es solle bei dem Be-  
schlusse der czechischen Gemeinderathsmehrheit sein  
Bewenden haben. Wer angesichts dieses klaren  
Falles noch die von der Regierung protegirte  
Ungleichbehandlung der Deutschen in  
Wilsen zu leugnen wagt, der besitzt das offizielle  
Bewissen jener Vieremänner, welche trotz solcher  
Hatsachen dem Cabinet Laaffe noch immer eine  
Versöhnungs-Mission zuschreiben. Ja wohl,  
in einer Versöhnung und Verständigung aller  
deutschfeindlichen Elemente kann die Rede  
sein, welche keinen anderen Zweck hat, als die  
Deutschen zu Staatsbürgern zweiter Klasse herab-  
zudrücken und ihnen das angeborene, wie ver-  
fassungsmäßige Recht auf Wahrung ihrer Natio-  
nalität und Sprache zu rauben. Erkennt man  
in Deutschland noch immer nicht, welche Fort-  
schritte die Slavisirung in Oesterreich macht und  
welche Gefahren für uns selbst schließlich daraus  
erwachsen müssen?

## Politische Uebersicht.

Bei der Besprechung der im Laufe des letzten  
Abends vielfach discutirten wirtschaftspolitischen

Projecte hat es, so schreibt man der „Freihandels-  
Corr.“, auffallen müssen, daß in fast allen Fällen  
die preussischen Handelskammern und  
kaufmännischen Korporationen von ihrer  
vorgesetzten Behörde, dem preussischen Handels-  
minister, nicht zur gutachtlichen Aeußerung  
aufgefordert sind, während die gleichen nicht-  
preussischen Handelsvorstände von ihren Ministern  
rechtzeitig befragt worden sind. So ist es z. B.  
mit den bereits im Sommer aufgetauchten Zoll-  
projecten gegangen. Ueber die — man weiß  
nicht, von welcher Seite angeregt — Erhöhung  
der Zölle auf kunstgewerbliche Artikel sind die  
Handelskammern Bayerns, Württembergs, Sachsens,  
Badens, Hessens und der Hansestädte, sowie eine  
Reihe von Vereinen zu Rathe gezogen worden,  
die preussischen Handelskammern sind vom preu-  
sischen Handelsminister nicht befragt, ja nicht  
einmal von der geplanten Maßregel amtlich unter-  
richtet worden. Ebenso sind über die vorgeschlagene  
Einführung von Zöllen auf die Erzeugnisse der  
Gärtnerei und des Gemüsebaues die nichtpreussischen  
Handelsvorstände von ihren vorgesetzten Ministerien  
zur Abgabe von Gutachten veranlaßt worden, die preu-  
sischen Handelsvorstände sind unberücksichtigt geblie-  
ben. Bei dem so eminent wichtigen Gesetzentwurf über  
die Aktiengesellschaften haben sich alle deutschen  
Regierungen bereit, offiziell die gesetzlichen Organe  
des Handelslandes um gutachtliche Aeußerungen  
anzugehen; das preussische Handelsministerium  
allein läßt sich an dem im Gesetzentwurf ent-  
haltenen Hinweis auf die vor einer Reihe von  
Jahren veranstaltete Umfrage genügen, und ver-  
zichtet auf jede weitere Anhörung der preussischen  
Handelskammern. Und dieses Verfahren greift  
nicht nur bei legislativischen Projecten, sondern  
auch bei administrativen Maßregeln Platz. Ueber  
die

es die Aestheten auf eigene Hand erstattet und  
veröffentlicht haben.

Die französische Deputirtenkammer  
wählte am Dienstag nach Eröffnung der neuen  
Session den Deputirten Brisson mit 224 von  
298 Stimmen zum Präsidenten. Im Senat  
wurde die Wahl des Bureaus auf Donnerstag  
verlagt. — Dem „Temps“ zufolge wird die Re-  
gierung die Vorlage über die Revision der  
Verfassung erst nach den Ferien, aber  
noch vor den Sommerferien des Parlaments, ein-  
bringen, und zwar zunächst im Senate.

Nicht geringes Aufsehen erregt in London ein  
Leitartikel der „Daily News“, in welchem an-  
gedeutet wird, daß Lord Hartington sich  
nicht in Uebereinkimmung mit seinen  
ministeriellen Kollegen befindet. Ob die  
Meinungsverschiedenheiten sich nur auf die ägypti-  
sche oder auch noch auf andere Fragen beziehen,  
wird nicht gesagt. Man spricht jedoch bereits  
davon, daß eine Auflösung des englischen Par-  
laments die Folge der angeblichen Spaltung im  
Ministerium sein werde.

Ueber die Neubildung des ägyptischen  
Ministeriums meldet die „Times“, Rubar  
Pascha habe das Präsidium des neuen ägypti-  
schen Ministeriums angenommen und Edgar  
Vincent zum Finanzminister designirt. Ander-  
weitige Bekäftigungen dieser Meldung liegen zur  
Stunde noch nicht vor. Die Frage, was nun  
in Aegypten werden soll, beschäftigt natürlich die  
öffentliche Meinung Englands sehr lebhaft und  
es verdient registriert zu werden, daß ein großer  
Theil der englischen Presse aus Furcht vor einer  
möglichen französischen Intervention die schnelle  
Annexion befürwortet.

Ein Telegramm der „Times“ aus Philadelphia  
meldet, daß im amerikanischen Represen-  
tantenhause am Montag eine Bill einge-  
bracht worden sei, wonach der Präsident, wenn  
als eine fremde Regierung den Import ameri-  
kanischen Rindfleischs verbietet, befugt  
sein soll, die Einfuhr von Weinen, Li-  
queuren und anderen Erzeugnissen dieses  
Landes in die Unionsstaaten zu verbieten und  
das Verbot aufrechtzuerhalten, bis die erwähnte  
Beschränkung aufgehoben ist.

## Deutschland.

(Kaiserliches Antwortschreiben.)  
Auf die Glückwünsche, welche der Berliner Ma-  
gistrat dem Kaiser beim Jahreswechsel überreicht  
hat, ist folgendes Antwortschreiben eingegangen:

Es ist Mir eine große Freude gewesen, in der Zu-  
schrift, welche Mir der Magistrat zum Jahreswechsel ge-  
widmet hat, wiederum so herzlichen Glückwünschen zu be-  
gegnet, wie sie Mir von Demselben seit Jahren in un-  
veränderter treuer Gesinnung dargebracht worden sind.  
Ich danke dem Magistrat für diesen Ausdruck Seiner  
Theilnahme. Sie hat Mich in Meinem landesväterlichen  
Vertrauen um so wohlthuernder berührt, als Ich daraus zu-  
gleich den Beweis entnehme, daß Meinen aufrichtigen  
Bestrebungen, das Wohl Meines Volkes zu heben, Ver-  
trauen und Verständnis entgegengebracht wird. In diesem  
Bewußtsein ist Mir der Rückblick des Magistrats auf den  
soeben vollendeten Zeitabschnitt besonders angenehm ge-  
wesen. Ich preise des Allmächtigen Güte, daß es Mir  
noch vergönnt gewesen ist, dem stolzen Denkmahl an den  
Ufern des Rheins zum ewigen Gedächtniß der glücklich  
wieder errungenen Einheit Deutschlands, aber auch als



den Faktoren der Gesetzgebung Beachtung, gleich-  
viel ob die preussische Regierung es verlangt oder